



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



15349/10

PRESSE 285
PR CO 28

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3040. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Luxemburg, den 25. Oktober 2010

Präsident

Steven VANACKERE
Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen
(Belgien)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

15349/10

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat beschlossen, die Kommission um Stellungnahme zum **Antrag Serbiens auf EU-Mitgliedschaft** zu ersuchen. Hierbei hat er präzise Auflagen an Serbien hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien festgelegt.*

*Der Rat hat mit den Verordnungsentwürfen zur Haushaltsordnung und zum Personalstatut für den **Europäischen Auswärtigen Dienst** die beiden letzten noch ausstehenden Rechtsakte angenommen, die erforderlich sind, um den EAD funktionsfähig zu machen.*

Zudem hat er die Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Oktober vorbereitet.

INHALT¹

TEILNEHMER.....	5
------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

FOLGEMASSNAHMEN ZUR SEPTEMBER-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES.....	7
VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM OKTOBER	8
ERWEITERUNG: SERBIEN.....	9
EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST.....	10

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

HAUSHALT

– EU-Haushaltsplan 2011	11
– Unterstützung für Bananen exportierende AKP-Länder	11

HANDELSPOLITIK

– Antidumpingmaßnahmen – Natriumgluconat – Fahrzeugräder aus Aluminium – China	12
– Aussetzung der Zollsätze für Einfuhren in die Azoren und Madeira*	12

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

– Status der Insel Saint-Barthélemy	12
– Überwachungsausschuss des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF).....	13
– Europäischer öffentlicher Dienst – <i>Schlussfolgerungen des Rates*</i>	13

ENERGIE

– Zusammenarbeit mit Südafrika bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.....	13
---	----

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

UMWELT

- Altfahrzeuge.....13

GESUNDHEIT

- WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums.....14

TEILNEHMER

Belgien:

Steven VANACKERE

Olivier CHASTEL

Bulgarien:

Nickolay MLADENOV

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Dänemark:

Lene ESPERSEN

Deutschland:

Guido WESTERWELLE

Werner HOYER

Estland:

Urmas PAET

Irland:

Dick ROCHE

Griechenland:

Dimitrios DROUTSAS

Spanien:

Trinidad JIMENEZ

Diego LÓPEZ GARRIDO

Frankreich:

Bernard KOUCHNER

Pierre LELLOUCHE

Italien:

Alfredo MANTICA

Ferdinando NELLI FEROCI

Zypern:

Markos KYPRIANOU

Lettland:

Andris TEIKMANIS

Litauen:

Audronius AŽUBALIS

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Ungarn:

János MARTONYI

Malta:

Tonio BORG

Niederlande:

Uri ROSENTHAL

Ben KNAPEN

Österreich:

Michael SPINDELEGG

Polen:

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen
Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für aus-
wärtige Angelegenheiten

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Bundesminister des Auswärtigen
Staatsminister, Auswärtiges Amt

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Minister für europäische Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten
Staatssekretär für die Europäische Union

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Staatssekretär mit Zuständigkeit für europäische
Angelegenheiten

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten
Ständiger Vertreter

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegen-
heiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegen-
heiten und Einwanderung

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretender Premierminister und Minister für aus-
wärtige Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Minister für europäische Angelegenheiten

Bundesminister für europäische und internationale
Angelegenheiten

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Portugal:

Luís AMADO
Pedro LOURTIE

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Bogdan AURESCU

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Slowenien:

Andreja JERINA

Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten und Entwicklung

Slowakei:

Mikulas DZURINDA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Astrid THORS

Ministerin für Einwanderung und europäische Angelegenheiten

Schweden:

Birgitta OHLSSON
Carl BILDT

Ministerin für europäische Angelegenheiten
Minister für auswärtige Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ
Štefan FÜLE

Vizepräsident
Mitglied

Andere Teilnehmer:

Catherine ASHTON

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

ERÖRTERTE PUNKTE

FOLGEMASSNAHMEN ZUR SEPTEMBER-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat nahm Kenntnis von einem informatorischen Vermerk des Vorsitzes, in dem dieser darlegt, welche Folgemaßnahmen zur Tagung des Europäischen Rates vom 16. September 2010 er ins Auge fasst (*Dok.* [14389/10](#)).

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM OKTOBER

Der Rat prüfte den Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Oktober in Brüssel.

Der Europäische Rat soll sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befassen:

- Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitische Steuerung". Schlussbericht¹ der im März eingesetzten Arbeitsgruppe;
- G20: Festlegung der Position der EU für das Gipfeltreffen der G20 am 11./-12. November 2010 in Seoul;
- Klimawandel. Vorbereitung der VN-Konferenz vom 29. November bis 10. Dezember 2010 in Cancún;
- bevorstehende Gipfeltreffen mit den strategischen Partnern der EU, darunter den Vereinigten Staaten.

Der Rat erörterte auf seiner Tagung vom 13. September 2010 eine erläuterte Tagesordnung (Dok. [13101/10](#)). Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird im Lichte der Beratungen des Rates überarbeitet.

¹ Bericht: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/117236.pdf
Hintergrundpapier: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/117253.pdf

ERWEITERUNG: SERBIEN

Der Rat nahm die folgenden Schlussfolgerungen an:

- "1. Am 22. Dezember 2009 hat der Präsident der Republik Serbien, Boris Tadić, den Antrag auf Aufnahme seines Landes in die Europäische Union vorgelegt. Der Rat hat beschlossen, das Verfahren nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union einzuleiten. Dementsprechend wird die Kommission ersucht, ihre Stellungnahme zu unterbreiten.
2. Unter Hinweis auf den erneuerten Konsens über die Erweiterung, den der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 14./15. Dezember 2006 zum Ausdruck gebracht hat, bekräftigt der Rat erneut, dass die Zukunft der westlichen Balkanstaaten in der Europäischen Union liegt. Er erinnert daran, dass das Vorankommen der einzelnen Länder auf dem Weg in die Europäische Union von ihren jeweiligen Bemühungen abhängt, die Kopenhagener Kriterien und die Bedingungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu erfüllen.
3. Der Rat weist erneut darauf hin, dass ein konstruktiver Ansatz in Bezug auf die regionale Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung ist. Er ruft ferner zu Fortschritten bei dem von der EU und ihrer Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik vermittelten Dialog zwischen Belgrad und Priština auf, der in der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. September 2010 als ein Faktor für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region gewürdigt wurde.
4. Der Rat weist darauf hin, dass die uneingeschränkte Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) bereits nach dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sowie nach dem Interimsabkommen vorgeschrieben ist. Im Einklang mit den politischen Kriterien von Kopenhagen ist die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem IStGHJ eine wesentliche Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU. Im Zusammenhang mit Serbiens Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union vom 22. Dezember 2009 betont die EU, dass auf dem im Anschluss an den unter Nummer 1 erwähnten Beschluss eingeschlagenen Weg Serbiens in Richtung auf die Mitgliedschaft in der EU in jedem einzelnen Abschnitt weitere Schritte erst erfolgen können, wenn der Rat einhellig feststellt, dass die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem IStGHJ gegeben ist oder weiterhin gegeben ist. In diesem Zusammenhang wird der Rat die Sachstandsberichte der Anklagebehörde aufmerksam prüfen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten erinnern an ihre Bereitschaft, Serbien in dieser Hinsicht behilflich zu sein.
5. Der Rat fordert Serbien auf, den von der Anklagebehörde des IStGHJ dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Juni 2010 vorgelegten Empfehlungen in Bezug auf die Unterstützung seitens Serbiens in laufenden Verfahren und Berufungsverfahren und auf die Hilfe Serbiens in der Kernfrage der Festnahme der beiden noch flüchtigen Personen Ratko Mladić und Goran Hadžić nachzukommen, was der überzeugendste Beweis für die Bemühungen Serbiens und seine Zusammenarbeit mit den IStGHJ wäre."

EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST

Der Rat billigte die Entwürfe von Verordnungen betreffend die Haushaltsordnung und das Personalstatut für den Europäischen Auswärtigen Dienst; diese Texte waren in einer Sitzung mit Vertretern des Europäischen Parlament am 14. Oktober vereinbart und vom Parlament am 20. Oktober gebilligt worden.

Nach ihrer endgültigen Überarbeitung wird der Rat die beiden Verordnungen ohne weitere Erörterung auf einer seiner nächsten Tagungen annehmen.

Diese beiden Texte sind die letzten Rechtsakte, die noch anzunehmen waren, um den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) funktionsfähig zu machen, der einer der wichtigsten Neuerungen des im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon ist.

Die Hohe Vertreterin Catherine Ashton hat die Ernennung von Pierre Vimont zum Geschäftsführenden Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes und von David O'Sullivan zu dessen operativem Direktor bekanntgegeben. ([Bekanntmachung](#))

Der EAD, der für eine größere Kohärenz und Effizienz des auswärtigen Handelns der EU sorgen soll, wird die Hohe Vertreterin Catherine Ashton bei der Erfüllung ihres Mandats unterstützen. Er wird mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und Beamte aus den einschlägigen Abteilungen des Generalsekretariats des Rates und der Kommission sowie abgestelltes Personal aus den nationalen diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten umfassen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**HAUSHALT****EU-Haushaltsplan 2011**

Der Rat beschloss, nicht alle Abänderungen des Europäischen Parlaments an seinem Standpunkt des Rates zu dem Entwurf des Haushaltsplans 2011 zu billigen.

Gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU wird nunmehr ein Vermittlungsausschuss einberufen, um binnen 21 Tagen eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen.

Unterstützung für Bananen exportierende AKP-Länder

Der Rat beschloss, nicht alle Abänderungen des Europäischen Parlaments an seinem Standpunkt zur Finanzierung der Begleitmaßnahmen für den Bananensektor zu billigen.

Gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU wird nunmehr ein Vermittlungsausschuss einberufen, um binnen 21 Tagen eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen.

Bei der Festlegung seines Standpunkts zu dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2010 hat der Rat zugestimmt, dass Finanzmittel in Höhe von 56,7 Mio. EUR für die Begleitmaßnahmen zur Unterstützung von Bananen exportierenden AKP-Ländern vorgesehen werden, die von den Liberalisierungsmaßnahmen der Welthandelsorganisation betroffen sind. Nach Auffassung des Rates sollte dieser Betrag durch Umschichtungen in der Rubrik 4 ("die EU als globaler Akteur") und über den Spielraum bei dieser Rubrik finanziert werden. Bezüglich der Bereitstellung von weiteren 18,3 Mio. EUR für Bananen liefernde AKP-Länder hat der Rat die Kommission ersucht, so bald wie möglich zusätzliche Umschichtungen in der Rubrik 4 vorzuschlagen.

HANDELSPOLITIK

Antidumpingmaßnahmen – Natriumgluconat – Fahrzeugräder aus Aluminium – China

Der Rat hat Durchführungsverordnungen zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren folgender Erzeugnisse angenommen:

- Natriumgluconat mit Ursprung in der Volksrepublik China (Dok. [14430/10](#)); und
- bestimmte Fahrzeugräder aus Aluminium mit Ursprung in der Volksrepublik China (Dok. [14336/10](#)).

Aussetzung der Zollsätze für Einfuhren in die Azoren und Madeira*

Der Rat hat eine Verordnung über die zeitweilige Aussetzung der Zollsätze für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira angenommen (Dok. [14912/10](#) + [14482/10](#)).

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Status der Insel Saint-Barthélemy

Der Rat billigte einen Entwurf eines dem Europäischen Rat zu unterbreitenden Beschlusses zur Änderung des Status der Insel Saint-Barthélemy, so dass dieses derzeitige Gebiet in äußerster Randlage den Status eines assoziierten überseeischen Hoheitsgebiets erhält (Dok. [15224/10](#)).

Überwachungsausschuss des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)

Der Rat billigt den Vorschlag der Kommission zur Wiederernennung der derzeitigen Mitglieder des Überwachungsausschusses des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) für eine zweite Amtszeit, die am 30. November 2011 endet.

Die Mitglieder des Überwachungsausschusses sind Herr Kálmán Györgyi, Herr Luis López Sans-Aranguéz, Herr Peter Strömberg, Frau Diemut R. Theato und Frau Rosalind Wright.

Europäischer öffentlicher Dienst – *Schlussfolgerungen des Rates**

Der Rat nahm die in Dokument [14699/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

ENERGIE

Zusammenarbeit mit Südafrika bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie

Der Rat nahm einen Beschluss an, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) und Südafrika über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie aufzunehmen.

UMWELT

Altfahrzeuge

Der Rat beschloss, es abzulehnen, dass die Kommission einen Entwurf einer Richtlinie zur Änderung von Anhang II der Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge annimmt.

Der Rat befürwortet grundsätzlich den Entwurf der Kommissionsrichtlinie. Eine qualifizierte Mehrheit lehnte ihn jedoch mit der Begründung ab, dass die Kommission mit ihrer Forderung nach von den Mitgliedstaaten zu erstellenden Entsprechungstabellen über die im Basisrechtsakt (d.h. der Richtlinie 2000/53/EG) vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgehe.

Nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle kann der Rat den Erlass neuer Maßnahmen aus folgenden Gründen ablehnen: Die Maßnahmen gehen über die im Basisrechtsakt vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinaus, sie sind mit dem Ziel oder dem Inhalt des Basisrechtsakts unvereinbar oder sie verstoßen gegen die Grundsätze der Subsidiarität oder der Verhältnismäßigkeit.

GESUNDHEIT**WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums**

Der Rat billigte mit Blick auf die vierte Tagung der Konferenz der Parteien des Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums den dort zu vertretenden Standpunkt der EU zu den Leitlinien für die Anwendung der Artikel 9 und 10 des vorgenannten Rahmenübereinkommens.

Artikel 9 des Rahmenübereinkommens betrifft die Inhaltsstoffe von Tabakerzeugnissen und Artikel 10 reguliert die Offenlegung von Informationen über Tabakerzeugnisse. Diese Leitlinien stellen nicht verbindliche Empfehlungen dar, die die Parteien bei der Umsetzung der entsprechenden Artikel des Übereinkommens anwenden können. Die vierte Tagung der Konferenz der Parteien findet vom 15. bis 20. November 2010 in Punta del Este, Uruguay, statt.

Text des Rahmenübereinkommens: <http://whqlibdoc.who.int/publications/2003/9241591013.pdf>
